

Schriftliche Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dennis Gladiator und Franziska Rath (CDU) vom 01.03.19

Betr.: Inwieweit ist Hamburg auf die Rückkehr von IS-Kämpfern vorbereitet?

Der Druck vonseiten der Kurden, die von ihnen in den Kämpfen gegen den Islamischen Staat (IS) gefangen genommenen Europäer aus ihrer Obhut in die Heimatländer der Inhaftierten zu entlassen, steigt. Die Bundesregierung wird demnächst Entscheidungen treffen müssen. Auch nach Hamburg werden also Personen aus den IS-Kampfgebieten zurückkehren. Jene mit deutscher Staatsbürgerschaft müssen aufgenommen werden. Da die Sicherheit oberste Priorität hat, müssen sie aber so schnell wie möglich der Justiz übergeben werden. Hinzu kommt auch eine unbestimmte Zahl an Kindern, die die einst in IS-Kampfgebiete gezogenen Personen aus Hamburg entweder bereits mitgenommen hatten oder inzwischen bekommen haben. Die dschihadistische Sozialisation dieser Kinder bietet ein nicht unerhebliches Gefährdungspotenzial. Nach aktueller Gesetzeslage ist jedoch der Schutz genau dieser Kinder nur sehr unzureichend möglich. Selbst wenn dem Verfassungsschutz Erkenntnisse über einen Salafisten vorliegen, der seine Kinder mit radikalem Gedankengut indoktriniert und für ideelle Zwecke missbraucht, darf er die Daten der Kinder nicht erheben und vor allem nicht an die Jugend- und Sozialbehörde weitergeben. „Dieses restriktive Verbot sollte zumindest in Fällen, in denen das Kindeswohl konkret gefährdet ist und deshalb dem Datenschutz eindeutig vorgeht, aufgehoben werden“, forderte die CDU bereits in einem Antrag (Drs. 21/15845), der jedoch von Rot-Grün in der Bürgerschaft Anfang 2019 abgelehnt wurde. Unabhängig davon muss das Wohl dieser Kinder jedoch an erster Stelle stehen. Das heißt zum Beispiel, dass mögliche Traumata behandelt werden müssen, damit eine möglichst reibungslose Sozialisation bei den betroffenen Kindern schnellstmöglich stattfinden kann.

Andere ehemals ins IS-Kampfgebiet Gezogene sind inzwischen bereits eigenständig nach Hamburg zurückgekehrt. Inwieweit sind aber Hamburgs Salafismus-Experten und Sicherheitsbehörden bereits auf diese Rückkehrer vorbereitet?

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. *Von 80 bis Ende 2017 ausgereisten Dschihadisten waren mit Stand August 2018 25 ums Leben gekommen und etwa 25 nach Hamburg zurückgekehrt.*
 - a) *Wie ist der aktuelle Stand?*
 - b) *In der Drs. 21/14037 heißt es, dass sich nach bisherigen Erkenntnissen der überwiegende Teil der Rückkehrer wieder direkt in die Szene eingefügt habe. Wie ist hier der aktuelle Stand und wie reagieren die zuständigen Stellen?*

- c) *Welche verschiedenen Maßnahmen werden ergriffen, sobald die Behörden die Information über die Rückkehr eines IS-Kämpfers erhalten?*
2. *Unter den Rückkehrern sollen sich mit Stand August 2018 auch drei Frauen und fünf Kinder befunden haben.*
 - a) *Wie viele Frauen und Kinder sind es nach aktuellem Wissensstand? Wie viele der Kinder sind davon erst im Krisengebiet geboren?*
 - b) *Welche Art der Betreuung und Beratung können die Frauen grundsätzlich erhalten und welche erhalten sie in den konkreten Fällen?*
 - c) *Drs. 21/14037 spricht von Indoktrination und Traumatisierung der Kinder. Welche Art der Beratung und Betreuung können die Kinder grundsätzlich erhalten und erhalten sie in den konkreten Fällen?*
3. *Welche konkreten Probleme ergeben sich in Bezug auf die Rückkehrer bei der Zusammenarbeit der Behörden und anderen zuständigen Stellen aus den Vorgaben des Datenschutzes?*
4. *In Drs. 21/15845 hat die CDU-Fraktion Vorschläge für eine Novellierung des Hamburgischen Verfassungsschutzgesetzes (HmbVerfSchG) gemacht, die Rot-Grün in der Bürgerschaft allerdings abgelehnt hat. Aus welchen Gründen hält der Senat diese Vorschläge für nicht sinnvoll?*
5. *Das LKA kooperiert mit empower, Kurswechsel und MBT, betont aber, dass ein Schwerpunktthema Datenschutz in der Fallarbeit sei. Was bedeutet das konkret für diese Zusammenarbeit?*
6. *Legato ist inzwischen gut vernetzt in den Fachkreisen und hat von Juli 2015 bis Ende 2017 knapp 300 Beratungsfälle gehabt. Personal ist auf 5,6 VZÄ aufgestockt worden.*
 - a) *Wie viele Mitarbeiter/VZÄ beschäftigt Legato aktuell?*
 - b) *Wie viele Beratungen hat Legato im Jahr 2018 durchgeführt?*
 - c) *Von welcher Person ging im Jahr 2018 die Bitte um Unterstützung durch Legato aus (Eltern, Lehrer, Freunde, Sozialarbeiter, der Betroffene selbst)?*
 - d) *Welche Maßnahmen wurden ergriffen, welche Erfolge daraufhin erzielt?*
 - e) *Hat Legato im Jahr 2018 Rückkehrer beraten oder mit ihnen zusammengearbeitet?*

Wenn ja, inwiefern?
7. *Die Schulbehörde hat ein Handlungskonzept zum Umgang mit religiös und politisch begründeter Radikalisierung und Extremismus aufgestellt, das den Schulen als Leitfaden dienen soll.*
 - a) *Schult das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) entsprechend?*
 - b) *Gibt es Radikalisierungsbeauftragte an den Schulen?*
8. *Das LI bietet Fortbildungen für Lehrer und Workshops für Schüler an und soll seit Mai 2018 Schulleiter aktiv angesprochen haben, um die eigenen Angebote bekannter zu machen. Vor allem Schulen in Problembezirken sollen für die Prävention gewonnen werden, um „Melderoutinen“ zu implementieren.*
 - a) *Wie sehen diese Melderoutinen aus?*
 - b) *Wie viele Schulleitungen wurden kontaktiert und wie viele haben daraufhin eine Zusammenarbeit welcher Art konkret zugesagt?*

9. *Das LKA hat die Hinweise „Prüffälle Radikalisierung“ im Sommer 2017 eingerichtet. Wie viele Hinweise sind dort bisher eingegangen?*
10. *Ein anderes Schwerpunktthema sei seit 2017 beim LKA die „Aufhellung des Phänomens „radikalisierte Mädchen bzw. Frauen““. Gibt es bereits Erkenntnisse darüber? Und welche Maßnahmen wurden daraus entwickelt?*
11. *Auch befasst sich das LKA mit „Bekämpfung von Rassismus und Muslimfeindlichkeit im Kontext Geflüchteter (auch in Migrantischen Communities)“. Inwieweit hat das konkret mit Salafismus zu tun und ist das Aufgabe des LKA?*
12. *Am dem 1. Juli 2018 wurde von der Staatsanwaltschaft damit begonnen, Straftaten statistisch zu erfassen, bei deren Begehung antisemitische, antichristliche, antiislamische, behindertenfeindliche oder fremdenfeindliche Motive eine Rolle spielten sowie Taten, die wegen der sexuellen Orientierung des Geschädigten begangen wurden. Welche Erkenntnisse haben sich aus der Erfassung ergeben?*
13. *Legato PäsJus sollte ab Juni 2018 endlich mit der Schulung der Justizvollzugsmitarbeiter beginnen und „bis Jahresende 2019 ... die Mehrheit der Bediensteten mit Gefangenenkontakt geschult“ haben.*
 - a) *Wie viele Justizvollzugsmitarbeiter haben bereits an den Schulungen teilgenommen und wie viel Prozent der Mitarbeiter der verschiedenen Einrichtungen sind somit bereits geschult?*
 - b) *Wie viele Schulungen sind im Jahr 2019 bereits geplant?*
 - c) *Wie viele Stunden umfasst die Schulung jeweils und was sind die Kernthemen?*
14. *Die Kinder- und Jugendhilfe wird speziell für die Verdachtsfälle „Kindeswohl im Kontext von (islamistisch) radikalisierten Familien“ eine fachliche Orientierungshilfe erhalten. Diese wurde von der Jugend- und Familienministerkonferenz in Auftrag gegeben und soll auch den Hamburger Jugendämtern zur Verfügung gestellt werden.*
 - a) *Liegt die Orientierungshilfe bereits vor?*
 - b) *Wie wird sie an welche Träger in der Kinder- und Jugendhilfe weitergegeben?*
 - c) *Wie viele Verdachtsfälle „Kindeswohl im Kontext von (islamistisch) radikalisierten Familien“ haben die Jugendämter im Jahr 2018 an welche Stelle gemeldet?*
 - d) *Wie viele Verdachtsfälle „Kindeswohl im Kontext von (islamistisch) radikalisierten Familien“ haben die Träger der Kinder- und Jugendhilfe im Jahr 2018 an welche Stelle gemeldet?*
 - e) *Bei wie vielen Fällen wurden im Jahr 2018 die Kinderschutzkoordinatoren hinzugezogen?*
15. *Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) plante seine Analyse- und Öffentlichkeitsarbeit laut Drs. 21/14037 im Bereich Salafismus-Prävention zu verstärken. In welchem Umfang und mit welchem Schwerpunkt ist das im Jahr 2018 erfolgt?*
16. *2017 wurde eine zweite Befragung von etwa 150 Jugendeinrichtungen zur möglichen Radikalisierung im Umfeld und innerhalb von Einrichtungen sowie zu Qualifizierungsbedarfen durchgeführt. Erfolgte im Jahr 2018 ebenfalls eine solche Befragung?*

Wenn ja, wann mit welchem Ergebnis?

Wenn nein, warum nicht?

17. *Im Jahr 2017 standen knapp 4 Millionen Euro zur Salafismus-Prävention zur Verfügung, abgerufen wurden aber nur 2 Millionen Euro. Begründet wird das mit „Die Differenz zwischen Plan- und Istwerten ist v.a. bedingt durch langwierige Stellenbesetzungsverfahren bei Behörden und Freien Trägern. Zudem werden die Projekte mit den zivilgesellschaftlichen Partnern sukzessive aufeinander abgestimmt und weiterentwickelt. Dies dient auch der Qualitätssicherung.“*
- a) *Wurde das Stellenbesetzungsverfahren im Jahr 2018 abgeschlossen?
Wenn nein, warum wo nicht?*
- b) *Mittel in welcher Höhe wurden im Jahr 2018 wofür jeweils abgerufen?*
- c) *Mittel in welcher Höhe wofür stehen im Jahr 2019 aus jeweils welcher Quelle (inklusive Bundesmitteln) zur Verfügung?*
18. *Welche inhaltlichen Anpassungen sind im Bereich der Salafismus-Prävention für das Jahr 2019 geplant? Welche finanziellen und personellen Auswirkungen bei jeweils welchen Stellen sind damit verbunden?*